

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/148

Bonn, den 7. August 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1a	Vorwärtspolitik statt Spätzündungen ! Offene Fragen zum Verhalten der Bundesregierung Von G. Markscheffel	79
2	Interessante Zahlen Bundesbürger als Grundstückskäufer in der Schweiz	39
3 - 4	Das große Unbehagen in Frankreich Paris fürchtet, von de Gaulle zwischen zwei Stühle gesetzt zu werden Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	92
5 - 6	Orient und die Chinesen Pankow hat sich an Moskaus Linie orientiert Von Eberhard Zachmann, Berlin	100

Chefredakteur Günter Markscheffel

Vorwärtspolitik statt Spätzündungen !

Offene Fragen zum Verhalten der Bundesregierung

Von G. Markscheffel

Das militärpolitisch interessierte Bonn hat in der jüngsten Vergangenheit häufig über den Begriff "Vorwärtsstrategie" diskutiert. Man meinte damit, daß im Falle einer notwendig werdenden Verteidigung des Westens die ersten Angriffe "möglichst weit vorn" aufgefangen werden sollten. Seit einigen Tagen spricht das politisch interessierte Bonn von einer Vorwärts p o l i t i k, die notwendig sei, um neue Entwicklungen der internationalen Situation richtig und im Sinne unserer nationalen Interessen beeinflussen zu können. Nach einigen Überlegungen gelangen die über dieses Thema Diskutierenden nämlich bald zu der Feststellung, daß die Politik des offiziellen Bonn alle Merkmale von Spätzündungen zeigt.

* * *

So wird zum Beispiel selbst bei jenen, die Herrn von Brentano in seiner renitenten Haltung gegenüber dem Moskauer Atomteststopp-Abkommen den Rücken stärkten, die Frage aufgeworfen, warum denn die Bundesregierung nicht sofort nach Bekanntwerden des Zustandekommens der Vereinbarungen von Moskau mindestens ihr prinzipielles Einverständnis zu erkennen gegeben habe. Dann hätte Pankow zwar auch JA sagen können, aber dieses JA wäre mit einer beträchtlichen Verspätung gekommen, wogegen durch die Haltung der Bundesregierung von vornherein eine bessere Atmosphäre für weitere sicher auf uns zukommende und nur im Einvernehmen mit unseren Freunden im Westen sinnvoll zu regelnde Fragen entstanden wäre.

* * *

Man diskutiert auch eifrig darüber, ob die Bundesregierung nicht schon bei den ersten offiziellen Informationen über das zu erwartende Verhandlungsergebnis von Moskau unsere Alliierten hätte ersuchen können, durch einen offiziellen Briefwechsel unter den Verhandlungspartnern festzustellen, daß ein eventueller Beitritt der Bundesrepublik zu einem Atomteststopp-Abkommen keineswegs gleichbedeutend sei mit der de jure-Anerkennung des Regimes von Pankow.

Es gibt Präzedenzfälle hierfür. Als sich Bundeskanzler Dr. Adenauer im Jahre 1955 entschloß, der Einrichtung einer diplomatischen Vertretung in Moskau seine Zustimmung zu geben, wurde in einem von den Parteien des Bundestages befürworteten Briefwechsel zwischen Bonn und Moskau festgestellt, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, bei gleichzeitiger Anwesenheit einer diplomatischen Vertretung Pankows in Moskau (!), n i c h t gleichbedeutend sei mit der Anerkennung des Ulbricht-Regimes oder mit der Anerkennung der Oder-Weiß-Linie durch die Bundesrepublik. Die Sowjets haben seinerzeit nach kurzem Zögern

7. August 1963

diesen Briefwechsel als die Grundlage der Einrichtung von diplomatischen Vertretungen akzeptiert; bis heute hat sich daran nichts geändert.

Aber die jetzt überall geführten Diskussionen über diese Themen sind Spätzündungen; sie ändern nichts mehr an der Tatsache, daß sich durch das Verhalten der Bundesregierung im befreundeten Ausland der Eindruck verstärkt hat, man wolle in Bonn - vielleicht in Zusammenarbeit mit Paris - die Karten auf eigene Art mischen.

* * *

Eine Spätzündung ist auch die Nachricht, daß der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, auf Wunsch des Auswärtigen Amtes seinen Urlaub abgebrochen habe und nach Washington zurückgekehrt sei. Wie es heißt, soll Herr Knappstein noch vor der am 12. August stattfindenden Beratung des amerikanischen Kongresses über das Moskauer Abkommen den US-Politikern den Standpunkt der Bundesregierung darlegen.

Zwei Fragen ergeben sich: **E r s t e n s**, warum unterbricht Herr Knappstein erst jetzt seinen Urlaub und befindet sich nicht schon längst dort, wo die großen Entscheidungen auch über unser Schicksal vorbereitet werden?

Zweitens, **w e l c h e n** Regierungsstandpunkt soll Herr Knappstein darlegen? Den Standpunkt des Bundeskanzlers, der laut Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, den Standpunkt des Vizekanzlers und designierten Kanzlernachfolgers Erhard, der sich trotz der gewichtigen Rolle, die er bald zu spielen gedenkt, in Schweigen hüllt? Oder den Standpunkt des Außenministers, von dem man weiß, daß er schon seit länger Zeit um Richtlinien für den Fall gebeten hat, daß durch die Moskauer Verhandlungen eine Situation entsteht, in der die Bundesregierung vor neue Entscheidungen gestellt wird?

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage erörtert, wer denn eigentlich im Augenblick in Moskau die Interessen der Bundesrepublik vertritt? Botschafter Gröppner befindet sich immer noch in Krankheitsurlaub, aber wie alle Welt weiß, wäre doch gerade jetzt die volle Ausnutzung unserer diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ein wichtiger Bestandteil der deutschen Außenpolitik. Der sowjetische Botschafter in Bonn, Herr Sainow, ist auf dem Posten ...

* * *

Seitdem man weiß, daß in Kürze auch über eine Nichtangriffvereinbarung zwischen der NATO und den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes verhandelt wird, daß die Deutschland- und damit auch die Berlinfrage bereits als Tagesordnungspunkte für Gespräche zwischen Ost und West genannt werden, fragt man sich, ob die Spätzündungspolitik des offiziellen Bonn weiter praktiziert werden soll. Es könnte sich nämlich herausstellen, daß die Wiederholung von allgemeingültigen Grundsätzen nicht ausreicht, um den nationalen Interessen des **g e n e r e n** deutschen Volkes gerecht zu werden. Deswegen meinen wir, das offizielle Bonn sollte sich möglichst bald für eine Vorwärtspolitik entscheiden.

+ + +

Interessante Zahlen

Bundesbürger als Grundstückskäufer in der Schweiz

sp - Seit einiger Zeit gibt es in der Schweiz eine Verordnung über die Bewilligungspflicht für den Erwerb von Grundstücken durch Personen, die nicht Schweizer Staatsbürger sind. Die gleiche Verordnung verlangt, daß amtliche Statistiken über Entscheide auf Bewilligung oder Nichtbewilligung bekanntgegeben werden müssen. Dadurch erhält man zum ersten Male auch im Ausland amtliche Unterlagen darüber, wer in der Schweiz Grundstücke kauft und zu welchem Preise diese erworben worden sind.

- * Die Bundesrepublikaner stehen in dieser amtlichen Statistik unter den Ausländern an der Spitze. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres haben 40 Bundesbürger trotz Bewilligungseinschränkung insgesamt 110 378 qm Baugelände in Wert von 6,8 Millionen Mark erworben.

Im gleichen Zeitraum haben Schweizer Bürger selbst rund 230 000 qm Baugelände gekauft. Wie gesagt, der verhältnismässig hohe Anteil deutscher Grundstückserwerber wird trotz der Bewilligungspflicht angegeben. Man schätzt, daß vor Inkrafttreten der Verordnung die Anzahl bundesrepublikanischer Grundstückskäufer in der Schweiz drei- bis viermal so hoch war.

Wenn das Kauftempo der ersten drei Monate dieses Jahres anhält, dann werden Ende 1963 die Bundesrepublikaner für rund 37 Millionen DM Grundstücke in der Schweiz erworben haben.

Auf den ersten Blick erscheint diese Summe nicht allzu hoch und doch gibt sie zu denken. Es zeigt sich nämlich, daß wir unter uns nicht wenige Zeitgenossen haben, die es sich leisten können, im Ausland Grundstücke zu erwerben. Das Geld hierfür haben sie im allgemeinen in Deutschland verdient. Die Sache wird noch interessanter, wenn man weiß, daß 99 Prozent der bundesrepublikanischen Grundstückserwerber in der Schweiz in Deutschland selbst meist noch ein Haus mit Grundstück oder mindestens eine nicht gerade ärmliche Wohnung besitzen. Außerdem konnte festgestellt werden, daß die meisten der deutschen Grundstückserwerber in der Schweiz höchstens sechs bis acht Wochen im Jahr das auf dem Grundstück errichtete Haus benutzen, woraus sich leicht errechnen läßt, wieviel Geld hinter so einem deutschen Grundstückserwerber sitzen muß.

Ob die deutschen Finanzbehörden in jedem Fall darüber orientiert sind, wie der bundesrepublikanische Grundstückserwerber sein Geld in die Schweiz bringt, oder wie er es "verdient" haben mag - darüber sagt die Schweizer Statistik selbstverständlich nichts...

Das große Unbehagen in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mit wachsendem Unbehagen registriert das politische Frankreich, daß ausser China und Albanien nur die eine Regierung ausdrücklich gegen das von aller Welt begrüßte Atomteststopp-Abkommen ist: die Regierung in Paris. Ob man sich weiterhin der Illusion hingibt, auch Bonn werde endgültig in die Front der Weinsager einschwenken, ist noch unklar. Die gaullistische Diplomatie, die dank einer wirkungsvollen Propaganda zeitweise erfolgreich schien, hat sich auf einen Abweg begeben, der einer Sackgasse ähnelt.

Politische Kettenreaktionen

Die Moskauer Vereinbarungen zwischen den beiden Giganten des Kalten Krieges, der Bruch zwischen Moskau und Peking und die zunehmende Spannung zwischen Paris und den angelsächsischen Alliierten - alle diese miteinander zusammenhängenden Ereignisse bringen weltpolitische Umwälzungen mit sich, deren Kettenreaktionen noch nicht abzusehen sind.

Der Widerstand des gaullistischen Regimes gegen den Atomstopp ist nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch im eigenen Land unpopulär. Die Distanzierung von dem Abkommen Washington-London-Moskau, die Brüskierung der Westalliierten und die zweifelhafte Weggemeinschaft mit den Fanatikern in Peking und Tirana sind ein Wagnis, eine Herausforderung der öffentlichen Meinung.

Der Atomstopp wird hier als Einleitung zu weitergehenden internationalen Verhandlungen zwischen den drei Großmächten gewertet. Weltpolitische Entscheidungen stehen bevor, von weittragenden Folgen für Europa, insbesondere für Deutschland. Hier hofft die gaullistische Außenpolitik anzuknüpfen. Ob ihr das durch ein Perasbleiben von den Moskauer Gesprächen gelingen kann, ist fraglich.

Ende eines Traumes

In der französischen Öffentlichkeit stellt sich das alles wie folgt dar:

Der Traum von einem Europa unter französischer Führung, ohne angelsächsischen Einfluß, "von Atlantik bis zum Ural", scheint heute aussichtslos. Es ist die Tragik des französischen Staatspräsidenten, die große Entspannung zwischen West und Ost vorausgesehen zu haben, heute aber von den Ereignissen überrundet zu werden und an der Verwirklichung seiner Vorhersage nicht beteiligt zu sein. Richtung und Tempo der Entwicklung werden von den zwei Großen mit britischer Beteiligung bestimmt, ohne Frankreich und ohne Deutschland, über Europa hinweg. Es ist dies die bedauerliche Folge der Zerklüftung unseres Kontinents, der Lohn für den verweigerten europäischen Zusammenschluß. Nur ein wirklich integriertes Europa könnte heute als gleichwertiger Verhandlungspartner auftreten und bei den großen Entscheidungen mitbestimmen. Die Ablehnung des Atomabkommens, dieses ersten Schrittes zu allgemeiner Entspannung, kann nur zu einer weiteren Zurückdrängung Europas führen. Die Bilanz des Sonderbundes Paris-Bonn, des Verzichtes auf wirkliche europäische Integration, ist negativ und verhängnisvoll für Europa und insbesondere für die beiden Länder, die heute in eine ungläubliche Isolierung hineingeschlittert sind.

Die Schwierigkeiten im Ostblock sind dabei ein schwacher Trost. Die französische Öffentlichkeit verfolgt die Spaltung im kommunistischen Lager mit gespannter Aufmerksamkeit, aus mehreren Gründen.

Der Bruch zwischen der Sowjetunion und China bestätigt zunächst de Gaulles These, laut welcher die Russen vor allen Europäer seien und in ihrer Abwehr der asiatischen Rivalen dem Westen nùherrücken müßten. Nun vollzieht sich diese von de Gaulle richtig vorausgesagte Annäherung der Sowjetunion an den Westen nicht zugunsten der 5. Republik oder eines französisch geführten Europa, sondern in direkter Verständigung zwischen Moskau, Washington und London, bei bewußter Ignorierung Frankreichs.

Nicht de Gaulle verhandelt mit Chruschtschow über die Schaffung eines "Europa vom Atlantik bis zum Ural", sondern die Vereinigten Staaten sprechen mit dem Krenl über die Neuordnung der Weltpolitik.

Merkwürdige Nachbarschaft

Man hat den Eindruck, daß sich die gaullistische Diplomatie - und mit ihr die bisherige Bonner Außenpolitik - am Ende ihres Lebens befindet. Ansätze zu einem Flirt zwischen Paris und Peking verstärken diesen Eindruck. Man müßte logischerweise annehmen, daß die Standpunkte de Gaulles und Maos diametral entgegengesetzt sind. Der französische Präsident hat oft genug den Bruch zwischen Moskau und Peking prophezeit, in der Hoffnung, auf diese Weise mit den Sowjets direkt ins Gespräch zu kommen, ohne die Vereinigten Staaten. Andererseits wurde de Gaulle von Peking immer wieder als typischer Vertreter des "westlichen Kolonialismus" abgestempelt.

Nun aber, da sich die führenden Großmächte verständigen wollen, stemmen sich zweitrangige Mächte wie China und Frankreich gegen diesen Trend und pochen auf ihr "Recht", weiterhin eigene Kernwaffen zu besitzen und Atomexplosionen durchzuführen. Die politischen Argumente, die man dabei in Paris und Peking zu hören bekommt, sehen einander verblüffend ähnlich.

Es handelt sich dabei um keinen bloßen Zufall. Peking zitiert mit Wohlgefallen de Gaulles Opposition gegen das Testabkommen und im französischen Rundfunk konstatiert man mit Genugtuung, daß mit Paris und Bonn auch Peking und Tirana den Moskauer Vertrag ablehnen.

Hinzu kommen sehr deutliche wirtschaftliche Annäherungsversuche: eine Delegation des französischen Unternehmensverbandes begab sich vor kurzem nach China, um die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern anzukurbeln. Die Fünfte Republik sucht ausserhalb Europas neue Wege und Auswege.

Alles in allem, die Auflösung der starren Fronten zwischen den bisherigen Blocks bringt alles in Fluß und öffnet neue Perspektiven, Chancen und Gefahren, die noch nicht abzusehen sind.

Die ideologische "Solidarität" zwischen den kommunistischen Staaten erweist sich dabei als ebenso trügerisch wie die angebliche Alternative "Kapitalismus - Kommunismus". Die nackten Wirtschaftsinteressen und egoistischen Bedürfnisse treten in den Vordergrund, ohne jede "ideologische" Verkleidung.

Ulbricht und die Chinesen

Pankow hat sich an Moskaus Linie orientiert

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Der SED-Chef Walter Ulbricht hat es bisher immer verstanden, eindeutige Stellungnahmen und Festlegungen zu vermeiden, solange nicht absolut klar war, welche Position Chruschtschow beziehen würde. Das hat sich wieder einmal im Zusammenhang mit den sowjetisch-chinesischen Streit gezeigt. Erst als die Moskauer Verhandlungen festgefahren waren, beugte sich Ulbricht am 20. Juli, erstmals in einem Leitartikel des SED-Zentralorgans, konsequent die Chruschtschow-Linie zu beziehen und Mao in Acht und Bann zu tun. In dem Kommuniqué über das 5. ZK-Plenum, veröffentlicht am 31. Juli, wird diese SED-Linie offiziell bestätigt, wobei gegen Peking auch der Vorwurf erhoben wird, es habe aus seiner "sektiererisch-dogmatischen und nationalistischen Auffassung" heraus durch die "Ausdehnung der ideologischen Meinungsverschiedenheiten auf die staatlichen Beziehungen" dem Sowjetzonen-Staat großen Schaden zugefügt.

Das hundertprozentige Einschwenken Ulbrichts auf die Anti-Peking-Linie hat alle Gerüchte desavouiert, in Pankow seien Sympathien für den Stalin-Epigonen Mao vorhanden. Gewiß, auch in der SED mag es den einen oder anderen Funktionär geben, der dem revolutionären Elan Pekings in der Auseinandersetzung mit dem "imperialistischen" Westen mehr zuneigt als das Verhalten Chruschtschow, aber zur Bildung einer chinesischen Fraktion, wie wir sie heute in der KP Italiens oder auch Belgiens zu verzeichnen haben, kann es in der SED niemals Raum geben, weil hier die Parteidiktatur auch innerhalb der SED entgegen den demokratischen Verhältnissen in den westlichen Ländern durch den Polizeiparat des Staates praktiziert wird.

Trotz der Entwicklung, die jetzt auch zur offenen Verurteilung Pekings durch Pankow geführt hat, waren Überlegungen politischer Beobachter nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, Pankow könnte durchaus eine Zwischenstellung in der Front hier "Moskau - dort Peking" einnehmen. Die aggressive Note, die z.B. der Haltung Pekings gegenüber dem Westen zu Grunde liegt, stößt auf der Pankower Seite - nicht zuletzt im ZK der SED - auf parallele Ansichten, die von der Ungeduld und Verärgerung über Chruschtschows zögernde Tendenz in der Berlin-Frage bestimmt sind.

Die Existenz solcher Untertöne in Ostberlin ist aber in ihrer Auswirkung ohne Bedeutung oder bleibt im Bereich des Ressentiments, weil für die Pankower Politiker einzig und allein Moskau ein richtungweisender Faktor sein kann. Wer trotz der offiziellen Anti-Peking-Stellung der SED etwa in der Tatsache, daß an gleichen Tage, an dem das Verdikt des ZK der SED über Peking veröffentlicht wurde, anläßlich des 36. Jahrestages der chinesischen Armee hohe NVA-Generale und Pankower Politiker an einem Empfang der chinesischen Botschaft teilnahmen, einen Anlaß zu neuen Vermutungen sehen möchte, überstrapaziert seine Phantasie. Auch in dieser Etikettefrage weicht Pankow nicht von der Moskauer Linie ab, die trotz des abgrundtiefen Zwistes doch noch die Möglichkeit zu einem offiziellen Abschiedsempfang für die chinesische Delegation sah. Und schließlich mußte die SED-Presse die Notiz über den Empfang in der Peking-Botschaft in Ostberlin so versteckt platzieren, daß sie kaum zur Kenntnis genommen worden sein dürfte.

Immerhin gibt es im Pankower Bereich einige Fakten, die anzeigen, daß man hier bisher nicht die Entschlossenheit besitzt, es den Chinesen mit

gleicher Münze heinzuzahlen wie etwa in Moskau oder Prag, wo chinesische Diplomaten oder Angehörige der China-Nachrichtengenerierung des Landes verwiesen wurden, weil sie es gewagt hatten, die chinesischen Argumente öffentlich zu vertreten. Staatssekretär Wänzer hat zwar Ende Juni der Botschafter Peking gegenüber gegen die Verteilung deutschsprachigen Propagandamaterials der Chinesen in der Zone protestiert, aber weiter gingen die Maßnahmen nicht, obgleich nach diesem offiziellen Pankower Protest die Zahl der im Umlauf befindlichen Propagandaschriften noch beträchtlich zugenommen hat.

Man fragt sich, aus welchem Grund die SED-Regierung vor weitergehenden Schritten Abstand nimmt. Die 13 in der Chinesischen Botschaft in Karlshorst antretenden Diplomaten Peking haben sich mehr als einmal den Zorn Ulbrichts zugezogen. Zuletzt durch ihre einmalige diffamierende Haltung anlässlich des Chruschtschow-Besuchs am 28. Juni in Ostberlin, als die Peking-Botschaft zu Ehren Chruschtschows und Ulbrichts weder die Flagge hätte noch anderweitig Notiz von der Sache nahm. Es hat nie an Anlässen zu einer Verärgerung über die Peking-Diplomaten gefehlt. Ohne Zweifel ist auch die vor kurzem erlassene Verordnung, daß kein "Bürger der DDR" ohne Genehmigung des Pankower Außenministeriums mit einem Vertreter einer Botschaft Kontakt aufnehmen darf, nicht zuletzt auf den Verkehr mit den Chinesen gerichtet. Schließlich mußte das ZK der SED bereits einmal vor Jahren, als Mao seine These "Laßt alle Blumen blühen ..." verfocht, allen SED-Journalisten den Umgang mit Angehörigen der Peking-Botschaft verbieten, weil auch damals die chinesischen Argumente in der SED zersetzend wirkten.

Es liegt die Vermutung nahe, daß Pankow aus wirtschaftlichen und handelspolitischen Erwägungen heraus es sich mit Peking nicht ganz verderben will. Das Zentralorgan der SED führte zwar am 20. Juli bittere Klage, Peking habe durch Annullierung zahlreicher handelspolitischer Vereinbarungen die Zonenwirtschaft schwer geschädigt, so daß "heute das Volumen seines Handels mit Westdeutschland höher ist als das des Handels mit der DDR". Aber wäre eine neue Intensivierung der Handelsbeziehungen mit China - wie sie gerade jetzt in Rußland praktiziert wird - ein Widerspruch zur Abgrenzung der ideologischen Fronten? Schließlich hat man in Pankow nicht vergessen, daß 1960, als China 3.000 sowjetische Techniker im Zusammenhang mit der zunehmenden Spannung mit Moskau nach Hause schickte, die Techniker und Berater aus der Zone in Maos Reich umso mehr willkommen heißen wurden. Daß Peking schließlich auch die deutschen Techniker nach einiger Zeit nicht mehr sehen wollte und bereits bestehende Liefervereinbarungen für Zonenwaren annullierte, hat seinen Grund nicht in politischen Meinungsverschiedenheiten, sondern allein in der schlechten Qualität jener Maschinen und Apparaturen, die Pankow nach China geschickt hatte.

Unter neuen Voraussetzungen - so hofft vielleicht Pankow - können sich für die Zone nützliche Handelsbeziehungen wieder anbahnen lassen. Solche Überlegungen erklären vielleicht die Tatsache, daß Pankow trotz des totalen Einschwenkens auf die Moskauer Linie in der Praktizierung seiner Politik gegenüber China doch eine gewisse Zurückhaltung zeigt.